

CDU-Fraktion

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Beratungs- und Beteiligungsverfahren

- nichtöffentlich OBJÜ OBDU OBNR OBHH OBWK
 ALB KI+JU-B LFU SO+KU B+V HA+FI

Amt/Abteilung: CDU-Fraktion / CDU

Datum Vorlage: 03.05.2010

Sitzung am: -

TOP.Nr.

Drucksache-Nr.:

Betreff:

Eilantrag der CDU-Fraktion: Resolution an den Hessischen Minister der Justiz, für Integration und Europa, Jörg-Uwe Hahn;

Hier: Erhalt des Seligenstädter Amtsgerichtes

Beschluß:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt als Resolution an den Hessischen Minister der Justiz, für Integration und Europa, Jörg-Uwe Hahn:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Erhalt des Seligenstädter Amtsgerichtes aus.

Der Hessische Minister der Justiz, für Integration und Europa, wird aufgefordert, bei der Standortprüfung die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger Rodgau sowie des Ostkreises Offenbach, ihre Gerichtsangelegenheiten ortsnah erledigen zu können, zu berücksichtigen. Im Gerichtsbezirk leben rund 90.000 Menschen.

Das Amtsgericht ist das Bürgergericht par excellence, ein Rückzug aus der Fläche würde zu einer nicht nur räumlichen Ferne der Justiz zum Volk führen.

Die Stadtverordnetenversammlung weist weiter darauf hin, dass das Gericht auch im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit keinen Grund für eine Schließung bietet. Es wurde erst im Jahre 2003 mit Kosten in Höhe von 7,3 Millionen Euro errichtet und ist somit ein neues Amtsgericht und keinesfalls sanierungsbedürftig.

Das Gericht ist auch ausgelastet. Aufgrund der zahlreichen Seniorenheime im Ostkreis Offenbach und der Eröffnung der Geriatrie-Abteilung an der Asklepios-Klinik in Seligenstadt ist insbesondere mit einem weiteren Anstieg der

jetzt schon rund 800 anhängigen Betreuungsfälle am Amtsgericht zu rechnen.

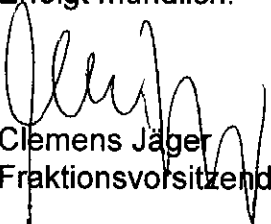
Die Interessen der ca. 50 Beschäftigten, die zum größten Teil aus dem Umland des Gerichts kommen, sollten ebenfalls berücksichtigt werden.

Der Magistrat wird aufgefordert, die Position der Stadt Rodgau in geeigneter Weise bei dem Hessischen Minister der Justiz, für Integration und Europa geltend zu machen.

Abstimmung:

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Clemens Jäger
Fraktionsvorsitzender